

## Arbeits- und Sozialpolitik Fakten und Forderungen

Stand: Juni 2008

**Bund der Selbständigen (BDS)**

**Gewerbeverband Bayern e.V.**

Schwanthalerstraße 110 ● 80339 München

Telefon 0 89 / 54 05 60 ● Telefax 0 89 / 5 02 64 93

e-Mail [info@bds-bayern.de](mailto:info@bds-bayern.de) ● Internet [www.bds-bayern.de](http://www.bds-bayern.de)



### Fakten

- **Aus- und Weiterbildung:** Der deutsche Mittelstand bildet 83 Prozent aller Lehrlinge aus. 67 Prozent aller BDS-Mitglieder wollen in Zukunft noch mehr ausbilden als bisher. Die Zahl aller in Bayern abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im Mai 2008 im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent gestiegen. Weniger als 40 Prozent aller Haupt- und Realschüler beginnen allerdings nach ihrem Schulabschluss eine klassische Berufsausbildung. Aus der Ausbildungslücke wird ein zunehmender Bewerbermangel. Gleiches gilt für den Ingenieursbereich, mit einer Studienabbrecherquote von über 30 Prozent. Weiterbildung ist für 83 Prozent aller BDS-Mitglieder die Personalstrategie der Zukunft.
- **Soziale Sicherungssysteme:** Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai 2008 auf rund 3,3 Millionen gesunken. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung liegt aktuell bei 3,3 Prozent. Die Gesundheitsreform 2007 tritt stufenweise in Kraft, der Gesundheitsfond Anfang 2009. Der durchschnittliche Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung liegt aktuell bei 14,8 Prozent, nach Einführung des Gesundheitsfonds wird dieser wahrscheinlich auf 15,3 Prozent steigen. Die Pflegeversicherung wird zum 1. August 2008 reformiert, der Beitragssatz liegt aktuell bei 1,7 Prozent. Experten erwarten einen Anstieg des Beitragssatzes auf rund 1,8 Prozent. Die Reform der gesetzlichen Unfallversicherung wird aktuell im Deutschen Bundestag beraten. Sie sieht keine Änderung des Leistungsrechts vor. Die gesetzliche Rentenversicherung hat aktuell einen Beitragssatz von 19,9 Prozent. Der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund schlägt vor, diese zu einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung von Unternehmern und Selbständigen umzubauen, u.a. um diese Personengruppen besser als bisher zu versichern. Allerdings fühlen sich derzeit zwei Drittel aller BDS-Mitglieder zumindest ausreichend versorgt, im Unterschied nur 47 Prozent aller Bundesbürger. Die Künstlersozialkasse finanziert die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung selbständiger Künstler und Publizisten, u.a. durch die Künstlersozialabgabe der Verwerter künstlerischer Leistungen in Höhe von derzeit 4,9 Prozent der von ihnen bezahlten Jahresentgelte, was 30 Prozent der Gesamteinnahmen der Künstlersozialkasse entspricht.
- **Arbeitsmarkt:** Derzeit gibt es in Deutschland rund 70 unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente. Unterschiedliche Schätzungen der Wirtschaftsinstitute prognostizieren, dass ein Mindestlohn von 7,5 Euro pro Stunde zwischen 1,1 und 1,3 Millionen zusätzliche Arbeitslose zur Folge hat. Auf die Sozialsysteme würden somit bis zu 9 Mrd. Euro jährliche Mehrausgaben zukommen. Nur sieben Prozent aller vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer haben derzeit einen Stundenlohn von weniger als 7,5 Euro. Aktuell gibt es knapp 640.000 Zeitarbeiter in Deutschland.

### Forderungen zur Aus- und Weiterbildung

- Die **berufliche Ausbildung** spielt eine entscheidende Rolle bei der Überwindung des Fachkräftemangels. Die Ausbildungsfähigkeit vieler Schulabgänger ist allerdings nicht gegeben. Es ist die Aufgabe der Eltern und der Schulen, die Kinder und Jugendlichen zur Selbständigkeit zu erziehen und ihnen die nötigen sozialen und fachlichen Kompetenzen zu vermitteln. Die Wirtschaft muss bereits frühzeitig in diesen Ausbildungsprozess eingebunden werden. Ein Ausbildungsbonus für schwer vermittelbare bzw. benachteiligte Bewerber kann nur eine Insellösung sein. Er setzt grundsätzlich zu spät an.
- Die **Abbrecherquoten an Hochschulen und Universitäten** sind zu hoch. Zudem fehlt immer noch zu oft der praktische Bezug der universitären Ausbildung. Beides bleibt eine ständige Herausforderung des Bildungssystems.

## Arbeits- und Sozialpolitik, Fakten und Forderungen

- **Lebenslanges Lernen** in häufig unterschiedlichen Berufen prägt die Erwerbsbiographie vieler Menschen. Investitionen in Weiterbildungsmaßnahmen müssen daher ebenso steuerlich rückstellungsfähig sein, wie in Maschinen. So ließe sich u.a. auch die (Wieder-) Integration von Frauen und Männern nach der Elternzeit bzw. älterer Menschen fördern.

### Forderung zu den Sozialen Sicherungssystemen

- Die positive Entwicklung der Arbeitslosenzahlen muss sich auch für die Wirtschaft lohnen. Eine weitere **Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** unter drei Prozent ist die logische Konsequenz. Sie entlastet die Wirtschaft und hält den Reformdruck im staatlichen System hoch.
- Die **Reform der gesetzlichen Krankenversicherung** darf nicht zu einem Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge führen. Die Einführung des Gesundheitsfonds muss für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer kostenneutral möglich sein. Der Gesundheitsfonds ist grundsätzlich abzulehnen.
- Die ebenfalls bereits verabschiedete **Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung** führt nach ersten Einschätzungen zu einem Anstieg der Beiträge und somit zu einer Mehrbelastung der Beitragszahler bzw. der Faktors Arbeit. Effizienzsteigerungen im System müssen erste Priorität haben.
- Eine organisatorische **Reform der gesetzlichen Unfallversicherung** und damit der Berufsgenossenschaften ist nicht ausreichend. Ebenso erforderlich ist eine Reform des Leistungsrechtes, d.h. u.a. die Herausnahme von Wegeunfällen sowie Arbeitsunfällen in der Schwarzarbeit aus dem Leistungskatalog der ausschließlich von den Arbeitgebern finanzierten gesetzlichen Unfallversicherung.
- Der **Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung** zu einer Erwerbstätigenversicherung wird von den Selbständigen und Unternehmern mehrheitlich abgelehnt. Diese fühlen sich bereits heute besser versorgt als die Arbeitnehmer. Durch die Zwangsmitgliedschaft von Selbständigen und Unternehmern in der gesetzlichen Rentenversicherung werden die aktuellen finanziellen Probleme nur in die Zukunft verlagert, ohne diese im Kern zu lösen. Individuelle, privatwirtschaftlich kapitalgedeckte Lösungen müssen gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung Vorrang haben.
- Die von der Deutschen Rentenversicherung kontrollierte **Künstlersozialversicherung** zeigt die engen Grenzen staatlicher Versorgungssysteme auf. Die staatliche Förderung einzelner Berufsgruppen muss durch Steuermittel und nicht durch die Wirtschaft finanziert werden. Die Künstlersozialabgabenpflicht der Wirtschaft für Leistungen von nicht in der Künstlersozialkasse versicherten Künstlern und Publizisten ist abzuschaffen, der Künstlerbegriff deutlich enger zu fassen sowie die rückwirkende Abgabenpflicht vor 2008 abzuschaffen.

### Forderungen zum Arbeitsmarkt

- Die **arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente** müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft und in ihrer Anzahl deutlich verringert sowie zugleich vereinfacht werden. Der Förderung im Einzelfall kommt eine große Bedeutung zu. Ziel ist eine möglichst weitgehende Kommunalisierung aller Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung bzw. -vermittlung.
- Die Einführung **branchenspezifischer Mindestlöhne** ist der falsche Weg. Er führt zu einer weiteren Belastung des Arbeitsmarktes und damit auch der öffentlichen Sozialsysteme. Die Tarifautonomie als zentrales und bewährtes Instrument der Lohnfindung darf durch den Staat nicht zensiert werden. Die Bedingungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes müssen strikt beachtet werden, das Mindestarbeitsbedingungsgesetz auch weiterhin nicht angewendet werden.
- **Zeitarbeitnehmer** sind auch für die mittelständische Wirtschaft eine probates Instrument zur Abarbeitung von Auftragsspitzen. Eine zunehmende Reglementierung dieser Branchen über das bisherige Maß hinaus ist daher abzulehnen.
- Der **deutsche Arbeitsmarkt** ist im Vergleich zu europäischen Ausland nach wie vor hoch bürokratisiert und unflexibel. Internationale Studien belegen dies. Dringend nötige Reformen, z.B. im Bereich des Kündigungsschutzes, wurden verschoben. Dies ist weder im Sinne der Arbeitgeber noch der Arbeitslosen.